



Österreich



Niederösterreich: Alles bleibt Erwin?

Die Wahl in Niederösterreich brachte eine schwere Schlappe für die SPÖ. Auch die Grünen ließen Federn. Die FPÖ und Erwin Pröll waren die Sieger. Welche Schlüsse lassen sich daraus für die Bundespolitik ziehen? Drohen wieder schwarz-blaue Zeiten? VORWÄRTS geht diesen Fragen auf den Grund. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Gleitende Lohnskala statt Gusi-Hunderter

Was tun angesichts der hohen Inflationsrate und der Preisanstiege bei alltäglichen Gütern? Der so genannte Gusi-Hunderter ist keine Lösung. Eine gleitende Lohnskala und ein Ende von Massensteuern sind gefragt! SEITE 3

Schwerpunkt



Bildung: Privileg oder allgemeines Recht?

Viel wird diskutiert über Bildung. Doch wohin soll sich Österreichs Schulsystem entwickeln. VORWÄRTS lässt einen Schüler, einen Lehrer und eine Studierende zu Wort kommen. SEITEN 4/5

Internationales



Deutschland: Linksruck

Streiks, Wahlerfolge der LINKEN und selbst die etablierten Parteien rücken nach links. Die Entwicklungen in Europas wichtigstem Land sind von größter Bedeutung für die Linke in ganz Europa. VORWÄRTS wirft einen Blick zum großen Nachbarn. SEITE 7

Neue Partei ist notwendig!

- Genug vom Kasperltheater der Regierung?
- Genug von Sozialabbau und Rassismus?
- Genug von der Scheinopposition von FPÖ und Grünen?

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Zwei Drittel sind mit der Regierung unzufrieden - Zwei Drittel sind gegen Neuwahlen. Ein Widerspruch? Im Gegenteil: Die Zahlen zeigen, dass vielen bewusst ist, dass Neuwahlen an der Politik wenig ändern würden, dass eine kommende Regierung ähnliche Angriffe auf das Gesundheitswesen und auf Arbeitslose durchführen würde. Und: Wen sollte man bei Neuwahlen wählen? Wir meinen: Notwendig ist etwas wirklich Neues und Anderes: Eine Partei für ArbeiterInnen, Jugendliche und sozial Schwache, deren FunktionärInnen keine Privilegien haben sondern Widerstand gegen Sozialabbau organisieren. Eine Politik, die sich nicht an Profiten orientiert, sondern an den Bedürfnissen von Berufstätigen & Arbeitslosen, von Jugendlichen & PensionistInnen, von In- & AusländerInnen.

Warum wirkt diese Regierung auf viele wie ein Kasperltheater?

- Weil sich gegenüber der Schlüsselregierung kaum etwas geändert hat - Stichwort Pensionsreform, Asylpolitik, Polizeibefugnisse, Abfangjäger und Studiengebühren.
- Weil die Große Koalition mit den Angriffen auf ArbeitnehmerInnen weiter macht; z.B. durch die Ausweitung der Normalarbeitszeit auf zehn Stunden.
- Weil sich SPÖ und ÖVP - angesichts wachsender Unzufriedenheit - dafür gegenseitig die Schuld zuschieben.
- Und weil die SPÖ, während das ÖVP-Innenministerium tief im Sumpf steckt, offenbar nichts Besseres zu tun hat, als der Strache-Truppe Avancen zu machen.

Aber selbst wenn es zu Neuwahlen käme, würden sie wenig ändern. Eine neuerliche Auflage der aktuellen Koalition, wäre gar nicht unwahrscheinlich. Nach der Wahl wäre also vor der Wahl. Und d.h. weiterer Sozialabbau und weitere Militarisierung. Es ist zu befürchten, dass der ÖGB und manche Linken



wieder argumentieren werden, man müsse die SPÖ oder die Grünen wählen; als (vermeintlich) "kleineres Übel" um Schlimmeres zu verhindern. Doch wer dieses "Übel" wählt, wählt die jetzige Politik bzw. riskiert ein Weiterregieren der ÖVP - wie Schwarz-Grün in Graz einmal mehr beweist. Nicht zuletzt kann mit einer solchen Wahl die FPÖ mit ihren Hassparolen und Scheinlösungen nicht gestoppt, sondern langfristig mit ziemlicher Sicherheit gestärkt werden.

Wählen wir höhere Löhne

Der ohnehin schwache "Aufschwung" neigt sich bereits seinem Ende zu. Mehr im Börsel haben wir davon nicht gehabt. Die vom ÖGB ausverhandelten Lohnerhöhungen werden von der hohen Inflation wieder aufgeessen. Daran würden weder Einmalzahlungen wie der "Gusi-Hunderter" noch eine Steuerreform etwas ändern. Eine Steuerreform

wäre nur dann sinnvoll, wenn indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer - die Menschen mit niedrigerem Einkommen stärker treffen - abgeschafft würden und Vermögen, das in Österreich vom Finanzamt kaum angegriffen wird, hoch besteuert würde. Aber dafür steht keine der Parlamentsparteien. Im Gegenteil zeigt Finanzminister Molterer kein großes Interesse an den Lichtensteiner Daten über SteuersünderInnen (bei denen es sich nur um GroßverdienerInnen handelt). Damit wir am Ende des Monats noch Geld haben, müssen wir am Anfang mehr bekommen - wir müssen also für Lohnerhöhungen kämpfen, die die Reallohnverluste der letzten Jahre wettmachen.

Stimmen wir gegen Rassismus

Die große Gewinnerin von Neuwahlen wäre - neben der inzwischen wohl größten Partei der NichtwählerInnen - die FPÖ. Und weil sowohl ÖVP als auch

SPÖ in diesem WählerInnenpool mitfischen wollen, wird versucht, sich an die rassistischen Botschaften der FPÖ anzubiedern. Da wird gegen Flüchtlinge, gegen "ScheinasyntInnen" und gegen Moslems gewettert - und nicht nur aus der FPÖ. Der Erfolg der FPÖ hat zwei Ursachen: Sie fördert und bedient eine rassistische Stimmung, die MigrantInnen die Schuld für soziale Probleme zuschiebt. Sie kann sich aber auch mit scheinbar sozialen Forderungen als (scheinbare) Alternative zu den etablierten Parteien präsentieren. Das kann ihr nur solange gelingen, als es keine echte Alternative gibt, die kämpferisch und anti-rassistisch die Interessen der ArbeiterInnenklasse vertritt.

Neue Partei notwendig!

Damit Neuwahlen einen Sinn machen, braucht es eine neue politische Vertretung der ArbeiterInnenklasse. Die SLP meint seit längerem, dass wir eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche brauchen. Eine Partei die demokratisch ist, und in der nicht abgehobene, überbezahlte FunktionärInnen entscheiden, sondern die Mitglieder und AktivistInnen. Eine Partei die kämpferisch ist und Widerstand gegen Stellenabbau, Pensionskürzungen und Überwachungsstaat organisiert. Eine Partei, die nicht in der "Mitte" steht und dabei die Interessen der Unternehmen umsetzt, sondern die klar und kompromisslos auf Seiten der ArbeiterInnenklasse steht. Eine Partei, die nicht mit dem Rassismus liebäugelt, sondern In- und AusländerInnen gemeinsam organisiert. Eine solche Partei braucht es. Dass es möglich ist, eine politische Alternative aufzubauen zeigt die Entwicklung der Linken in Deutschland. Damit eine solche neue Kraft entsteht braucht es soziale Bewegungen, Klassenkämpfe und Menschen, die bereit sind, Schritte in diese Richtung zu setzen. Die SLP sieht es als ihre Aufgabe, die Voraussetzungen für eine solche neue politische Kraft zu schaffen und sich an ihrem Aufbau aktiv zu beteiligen.

Der Standpunkt

Wer nichts zu verbergen hat, muss sich ja nicht fürchten.



von Sonja Grusch, SLP-Bundessprecherin

Anna liest viel und verschiedenes im Internet. Sie beschäftigt sich mit IRANISCHEN Märchen. In ihrem Garten hat sie einen lästigen BUSCH von dem sie gerne sagt, sie würde ihn am liebsten mit Stunk und Stiel AUSROTTEN. Unlängst hat sie einer Freundin in einem Mail geschrieben, dass sie sich von den Telefonkeilern TERRORISIERT fühlt. Anna telefoniert regelmäßig mit ihrer Schwester, die einen Freund namens MOHAMMED hat.

Anna hat sich von ihrem Freund getrennt - der kann damit nicht umgehen. Er zeigt Anna an, sie hätte "Kontakte zu Terroristen". Dank der jüngsten Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes kann sie leichter überwacht werden. Handys und Internet können nun von der Polizei ohne richterliche Genehmigung überwacht werden. Und der Polizei ist Anna ohnehin suspekt, sie war einige Male auf Demonstrationen. Die Polizei findet verdächtige Hinweise, aber für eine Anklage reicht es nicht. Anna bekommt davon nichts mit. Sie bewirbt sich für eine neue Stelle. Einige der Personalchefs nutzen ihre Kontakte zur Polizei um sich Einsicht in Annas Akte zu verschaffen. Und dort steht, dass gegen sie wegen des Verdachtes auf terroristische Aktivitäten ermittelt wird. Sie blitzt überall ab.

Die Geschichte ist frei erfunden - aber unmöglich ist sie nicht. Dass die Polizei Informationen über Menschen weiter gibt, obwohl sie das nicht darf, ist immer wieder geschehen: z.B. an Personalchefs und politische Gegner der Betroffenen. Und die Überwachung von Menschen, die der Polizei, aus welchen Gründen auch immer, nicht gefallen, ist künftig noch leichter. Beschlossen wurden diese Schritte Richtung weiterer Überwachung von SPÖ & ÖVP ohne Diskussion, an der Öffentlichkeit vorbei. Argumentiert wird die Überwachung immer wieder mit der "Terrorgefahr", der "organisierten Kriminalität" oder auch mit "Hilfe" (Platter argumentierte die Handy-Ortung damit, dass vermisste Personen im Gebirge so zu finden wären). Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass staatliche Überwachung die Gesellschaft nicht sicherer gemacht hat, sondern zur Überwachung der politischen GegnerInnen eingesetzt wird. Big Brother ist nicht neutral, sondern nützt z.B. Unternehmen, sich lästige BetriebsrätInnen vom Hals zu schaffen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaisersstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Landesfürst Pröll hätte Revolution verdient - aber SPÖ und Grüne waren nur Jausengegner

NÖ-Wahl schafft keine Stabilität

von Gerhard Ziegler, SLP-Linz

Im Land östlich der Enns scheint die konservative Welt noch in Ordnung. Die ÖVP stellt dort seit 1945 ununterbrochen den Landeshauptmann. Und auch jetzt folgt auf Erwin Pröll, der mit absoluter Mehrheit regierte, wieder Erwin Pröll. Das Land ist trotz industrieller Kerne wie St. Pölten, Wr. Neustadt, Krems, Amstetten, Berndorf, Hirtenberg, Ternitz u. a. nach wie vor stark agrarisch geprägt. Dementsprechend präsent sind die katholische Kirche und der Bauernbund (und mit ihm Raiffeisen) in der Öffentlichkeit - nicht zuletzt auch, weil stets kompromissbereite Gewerkschafts- und SP-Führungen nie in der Lage und willens waren, eine wirksame Gegenmacht aufzubauen.

Sieger ohne Gegenwehr

Dass die ÖVP mit Erwin Pröll an der Spitze weitere fünf Jahre regieren wird, stand eigentlich von Anfang an außer Zweifel, gab es doch weit und breit keinen ernsthaften Gegner. Im Grunde ging es nur um die Frage: Kann Pröll sich bei den WählerInnen glaubhaft von der Bundespolitik mit den ständigen Querelen zwischen den Koalitionsparteien und den gegenseitigen Skandal- und Korruptionsvorwürfen abkoppeln und als Mann über den Dingen (und über den Klassen) stehend präsentieren. Offenbar ist ihm dies gelungen.

Doch warum eigentlich? Es gibt nämlich keinen niederösterreichischen "Sonderweg". In NÖ wird genauso wie überall sonst im Land neoliberal mit Privatisierungen (die EVN war einer der ersten Landesenergieversorger, der

über die Börse privatisiert wurde), Sozialabbau und Angriffen auf die demokratischen und sozialen Rechte regiert. Doch kaum in einem anderen Bundesland hat die "Opposition" so klar gezeigt, dass sie eigentlich grundsätzlich mit dem ÖVP-Landeskurs einverstanden ist. Zusätzlich wurde die SPÖ hier klar für die Bundespolitik abgestraft.

Desaster für die SPÖ

Für die SP geriet die Wahl daher nicht überraschend zum Desaster. Ein Rückgang beim Stimmenanteil um 8 % ließ die Sozialdemokraten mit 25,7 % unter die 30%-Marke abstürzen. Vor allem ArbeiterInnen rannten in Scharen davon: Einige Beispiele zur Illustration: St. Pölten minus 12,8 %, Hirtenberg minus 25,3 %, Berndorf minus 14,3 %, Neunkirchen minus 17 %, Amstetten minus 12,1 % usw. Auch in Gusenbauers Heimatgemeinde Ybbs verloren die Sozialdemokraten über 8 %. Der Unmut an der verbliebenen Parteibasis ist dementsprechend groß. So wird etwa Bernhard Müller, SP-Bürgermeister in Wiener Neustadt in Österreich zitiert: "Wir brauchen eine tabulose Personaldiskussion - in Land und Bund." (Österreich vom 10.3.08) Die Schlinge um Gusenbauer wird also enger. Auf der einen Seite fühlt sich die ÖVP im Aufwind. Sie will künftig die wieder die erste Geige spielen im Bund und wird den Sozialdemokraten bezüglich Steuerreform ein Ultimatum stellen: Weiterer Umfaller und Abgehen von der Forderung nach vorgezogener Steuerreform oder Neuwahl. Und was dann? Tatsächlich geistert zur Zeit offenbar



der Gedanken herum, sich von Strache zumindest dulden zu lassen.

Nach rechts geschieht

Als Vorbote für kommende Wahlkämpfe kann auch der Umgang mit dem Thema Migration gesehen werden. Die FPÖ fuhr wieder einen scharfen Anti-Moslem-Kurs. In Bad Vöslau, wo es die Debatte um einen Moschee-Bau gibt, konnte sie ihre Stimmen damit auf 16% vervierfachen (was aber immer noch bedeutet, dass sie 84% NICHT gewählt haben. Und Pröll versuchte schon im Wahlkampf in eben diesem WählerInnen-spektrum zu fischen, als er Minarette als "artfremd" bezeichnete.

Instabilität im Bund wächst - trotz der ÖVP Absoluten im Land!

Da auch die Grünen in NÖ bei knapp 7 % stagnierten und das BZÖ mit weniger als 1 % hinter der KP blieb, werden diese beiden Parteien kaum einen raschen Neuwahlantrag der ÖVP unterstützen. Dadurch wird die FPÖ, die sich in NÖ durch ihre bekannt rassistischen Aussagen gepaart mit Sozialdemagogie auf über 10 % verdoppeln konnten, zum Zünglein an der Waage. Interessant dabei ist übrigens, dass die Freiheitlichen nicht nur massiv von der SPÖ (32.000 Stimmen), sondern auch der ÖVP (22.000 Stimmen) netto gewinnen konnte; also vom Un-

mut über beide Großparteien profitieren konnte. Lassen sie sich von dem guten NÖ-Wahlergebnis zu raschen Neuwahlen verleiten oder nicht? Wie auch immer: Die große Koalition wird immer instabiler.

Gerade das Desaster der SPÖ und das gleichzeitige Fehlen einer sozialistischen Alternative, die dieses Vakuum füllen könnte, macht es der FPÖ leicht, mit und trotz ihrer rassistischen und ausländerfeindlichen Propaganda von Sieg zu Sieg zu eilen. Es wird daher immer drängender, konkrete Schritte für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei als Sammlung des Widerstandes gegen die neoliberalen Angriffe zu setzen.

Tschad-Intervention der EUFOR: Österreich dabei

Es geht nicht um Humanität!

von Wolfgang Fischer, SLP-Wien

Als "... wichtiger denn je" bezeichnete SP-Verteidigungsminister Darabos die Beteiligung der österreichischen Soldaten am "humanitären Einsatz der EUFOR-Truppen im Tschad". Doch die wahren Triebfedern der EU-Beteiligung sind Konzerninteressen und imperialistische Spannungen.

Afrika im Fokus des Imperialismus

Afrika rückt zunehmend ins Blickfeld globaler Konzerne, der Wettlauf um Ressourcen zwischen China, USA und der EU hat längst begonnen. Chinas Ökonomie stillt den stark wachsenden Energie- und Rohstoffhunger seit Mitte der 90er Jahre am afrikanischen Kontinent. Die US-Wirtschaft

verstärkt mit Hilfe von IWF und Weltbank den Zugriff auf afrikanische Ressourcen. Aber der EU-Block ist auf Grund divergierender kapitalistischer Interessen der einzelnen Nationalstaaten derzeit im Rückstand. So stehen etwa sechs große europäische Erdölkonzerne (unter ihnen die OMV) in direkter Konkurrenz zueinander. Diese innerimperialistischen Widersprüche behinderten bis jetzt eine gemeinsame Ausbeutungsstrategie. Der neue EU-Vertrag (GASP/ ESVP) soll den europäischen Imperialismus durch militärische Aufrüstung und den Aufbau gemeinsamer Battle-Troups "fit" machen.

Stellvertreterkriege

Seit 2004 ist der kriegerische Konflikt in der an den Tschad angrenzenden westsudanesischen Provinz Darfur eskaliert. Die Folge waren zigtausende Tote und über eine Million Flüchtlinge. Medial wurde der Krieg meist als ethnischer Konflikt dargestellt - im Hintergrund ziehen jedoch China (auf Seiten des fundamentalistischen Sudan-Regimes und der Janjawid-Milizen) und die USA (auf Seiten verschiedener separatistischer Bewegungen, die vom Tschad aus operieren) ihre militärischen Fäden. Nationale Konflikte werden bewusst geschürt, indem einzelne Bevölkerungsteile aufgerüstet werden. Es geht darum, Erdölfelder des imperialistischen Kontrahenten unter Kontrolle zu bringen. Frankreich als Ex-Kolonialmacht und der Konzern TOTAL-ELF, der mit beiden Ländern Förderverträge abgeschlossen hat, möchte den Status Quo beibehalten sowie den chinesischen und

amerikanischen Einfluss zurückdrängen.

Welche Interessen verfolgt Österreich?

Welche Interessen verfolgt Österreich?

Die Interessen des österreichischen Establishments sind nicht mit denen des französischen Kapitals identisch, zu begrenzt sind hier die Möglichkeiten des österreichischen Bundesheeres. Ein Hauptziel besteht jedoch darin, sich als "Macher" in der EU zu präsentieren und so an Einfluss in den EU-Schaltstellen zu gewinnen. Und Argumente zur Aufrüstung des Bundesheeres sind auch willkommen.

Auch die OMV betrieb zwischen 1997 und 2003 Erdölbohrungen im Sudan, erst massive öffentliche Kritik am diktatorischen Regime zwang die OMV zu einem Rückzug, ein neuerliches Engagement wird nicht ausgeschlossen.

Kampf den Kriegstreibern

Das Bundesheer schützt im Tschad niemanden, sondern steht zusammen mit den EUFOR-Truppen auf Seiten des Diktators Deby und letztlich für die Profiteure von Konzernen. Die humanitäre Katastrophe wird nicht gemildert. Im Gegenteil ist gerade die imperialistische Politik Ursache für die derzeitige Situation. Nur auf Basis multiethnischer Komitees können Grenzkonflikte gelöst und die kollektive Nutzung der Ressourcen gewährleistet werden. Der Sturz lokaler sozialistischer Räte und Regierungen stellen den Schlüssel für diese Entwicklung dar.

* Schluß mit der neokolonialen Ausbeutung von Tschad und Sudan
* Nein zur Entsendung österreichischer Truppen, egal ob unter EU- oder UNO-Mandat

Alles wird teurer! Rauf mit den Löhnen! Weg mit den Massensteuern!

von Margarita Döller,
SLP-Wien

Die Situation der österreichischen ArbeitnehmerInnen sieht nicht gerade rosig aus. Die Inflationsrate ist auf dem höchsten Stand seit 1993 (liegt Dezember 2007 bei 3,6%), die Lohnquote (= Anteil der Löhne und Gehälter am BIP) ist seit 1999 von 72% auf 64,5% gesunken, die Krankenkassenbeiträge wurden erhöht und die Herbstlohnrunder haben nicht die geforderten 4% gebracht. Dies sind alles Indikatoren dafür, dass eine finanzielle Entlastung, d.h. eine Umverteilung von oben nach unten, in Österreich dringend notwendig ist. Das ist bereits so offensichtlich, dass selbst Kanzler Gusenbauer und die ÖVP gezwungen sind etwas zum Thema zu sagen.

"Gusi Hunderter"? Gleitende Lohnskala!

Der Lösungsansatz der SPÖ sieht folgendermaßen aus: 1,2 Millionen bedürftigen Haushalten sollen einmalig 100 Euro ausgezahlt werden. Das nennt sich dann "Gusi Hunderter" und soll der sinkenden Kaufkraft entgegen wirken. Das ist zu wenig! Denn was oft vergessen wird ist, dass die "gefühlte" Inflation für den Großteil der ArbeitnehmerInnen wesentlich größer ist. Die Inflationsrate wird mit Hilfe des Warenkorb berechnet, in

dem sich auch Güter wiederfinden, die sich Menschen mit niedrigem Einkommen gar nicht leisten können. Sie sind außerdem von Preissteigerungen bei Lebensmitteln (+ 8%) und Mietpreisen stärker betroffen als andere. Letztere stiegen in den vergangenen Jahren lt. Arbeiterkammer doppelt so stark wie die Löhne. Wir fordern eine gleitende Lohnskala, d.h. dass die Löhne und Gehälter automatisch um die echte Inflationsrate erhöht werden und man dann bei den Lohnrunder nur über Reallohnerhöhung verhandelt. Das würde eine tatsächliche Verbesserung des Lebensstandards bedeuten und die Lohnquote nach oben drücken.

Was schlägt die ÖVP vor?

Die ÖVP ist gegen die "Almosenpolitik" ihres Koalitionspartners. Sie fordert einen Gebührenstopp. Wirtschaftsminister Bartenstein stellt sich das so vor: Öffentliche und staatsnahe Betriebe sollen auf Gebührenerhöhungen verzichten. Energiekosten und Lebensmittelpreise sollen besonders beobachtet werden und die geplante ORF-Gebührenerhöhung soll ausgesetzt werden. Da fragt man sich nur, wie lange das anhalten soll und was es tatsächlich bringt. Denn eines ist sicher: Mittel- und langfristig bedeutet das nicht mehr Geld für ArbeitnehmerInnen - im Gegenteil. Die ÖVP würde die



fehlenden Einnahmen nutzen, um die Leistungen weiter zu reduzieren.

Der Trend der Reallohnverluste setzt sich fort und die Inflationsrate steigt weiter. Um Inflation dauerhaft zu bekämpfen wäre eine Veränderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystem notwendig. Eine Veränderung hin zu einer demokratisch geplanten Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Profiten. Nur so könnten billige Güter und Dienstleistungen, kombiniert mit existenzsichernden Löhnen, dauerhaft garantiert werden.

Wie soll die Steuerreform aussehen?

Inhaltlich geht es bei der geplanten Steuerreform hauptsächlich um Fragen wie: Senkung oder Erhöhung des Spit-

zensteuersatzes, Besteuerung des Vermögenszuwachses und Stärkung der Massenkaukraft durch Steuerentlastungen. Geht es nach der Industriellenvereinigung, so soll der Spitzensteuersatz auf 45% gesenkt werden und die Einkommensgrenze auf 100.000 Euro verdoppelt werden. Dem gegenüber stehen die verhaltenen und vagen Forderungen der SPÖ. Sozialminister Buchinger will, dass der Spitzensteuersatz wenigstens nicht gesenkt wird und dass Vermögenszuwächse mit 0,5 bis 1% besteuert werden. Wie dabei die Massenkaukraft gestärkt werden soll, muss man mir erst noch erklären. Denn alle Vorschläge, die bis jetzt auf den Tisch gekommen sind, bringen keine Entlastungen für ArbeitnehmerInnen. Das entspricht leider auch dem Trend der Reformen der letzten Jahrzehnte. Deswegen ist

es auch nicht verwunderlich, dass 23% der ÖsterreicherInnen meinen, sicher nicht von der nächsten Steuerreform zu profitieren. Weitere 49% glauben eher nicht an eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation.

Weg mit den Massensteuern!

Die SLP fordert die Abschaffung von Massen- und Konsumsteuern (z.B. Mehrwertsteuer) und eine progressive Besteuerung von Vermögen. Auch die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe (die Maschinenleistung wird besteuert und sie wirkt gleichzeitig gegen Rationalisierung) und die Abschaffung des Stiftungsrechts würde mehr Geld in die Staatskasse bringen. Geld, das dann für Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen ausgegeben werden kann.

GPA-DJP-Jugend stimmt kämpferischem Antrag zu

SALZBURG – Am Samstag den 2. Februar fand das 4. Regionaljugendforum der GPA-DJP Jugend Salzburg statt. Jan Rybak (SLP) brachte einen Initiativantrag ein, der gegen die Politik der ÖGB-Führung protestierte und sie zu einer kämpferischen Politik aufforderte: "Widerstand statt Zustimmung zum weiteren Abbau sozialer Errungenschaften. Gewerkschafter/innen in Bezirks- oder Gemeinderäten, Landtagen und dem Nationalrat müssen gegen alle Maßnahmen stimmen, die zu Verschlechterungen führen. Gewerkschafter/innen müssen Kampfmaßnahmen gegen alle Angriffe unterstützen und organisieren." Der Antrag wurde mit einer Mehrheit von 77% angenommen.

Keine rechte extreme Kandidatur bei Jugend- vertrauensratswahl

LINZ – Gleich bei der ersten Jugendversammlung in der MCE erklärte der Kandidat des Ring Freiheitlicher Jugend, dass er (im Gegensatz zu vorherigen großspurigen Ankündigungen), auf eine Kandidatur zum Jugendvertrauensrat verzichten würde. Sicher auch ein Erfolg des couragierten und offenen Auftretens des SLP-Mitglieds und JVR-Kandidaten Flo Klabacher (siehe letztes Vorwärts). In der Woche nach der Gesellenprüfung wurde Flo zu einem Gespräch mit Vertretern des Arbeiterbetriebsrates (FSG) gebeten. Dort hieß es lapidar: "Du bist ja Kommunist und wir wollen keinen Kommunisten zum Jugendvertrauensrat. Du redest die ganze Zeit von Streik und Streik ist das Schlechteste was man machen kann". Flo ließ aber nicht locker und wurde wieder auf die gemeinsame Liste zum Jugendvertrauensrat genommen.

Hundsdorfer ärgert sich über Plattform und SLP

WIEN – Am 24. Jänner 08 präsentierte der ÖGB-Verlag ein Buch zum Streikjahr 2003. Für den anwesenden ÖGB-Vorsitzenden Hundsdorfer liegt die Zukunft trotzdem in einem Comeback der Sozialpartnerschaft. Trotz der Anwesenheit mancher linker AktivistInnen oblag es den Vertretern von Plattform und SLP auf die negativen Auswirkungen von Arbeitszeitgesetznovelle und AIVG-Novelle hinzuweisen. "Das hat es ja alles vorher schon in Betriebsvereinbarungen geben" meinte Hundsdorfer zur Verteidigung der AZG-Novelle und empfahl uns "die Sachen zu lesen". Als wir ihm bei einem freundschaftlichen solidarischen Gespräch nach der Veranstaltung anboten, den Irrtum aufzuklären und die Verschlechterungen durch die AZG-Novelle zu erklären, zog sich Hundsdorfer recht schnell zurück ...

Puls 4: Wie billig kann man Fernsehen machen ...

... und wie die Belegschaft dagegen kämpft.

von Sven Hilberth,
Betriebsratsobmann Radio
Orange 94.0
Präsidiumsmitglied der
Bundesfachgruppe Multimedia
und Informationsdienste der
Kommunikationsgewerkschaft
GPF



Zum Sendestart von Puls 4, das unter dem neuen Eigentümer Pro7-Sat1-Gruppe wie der Phönix aus der Asche aus Puls TV entstanden ist, war der Sender in allen Medien. Aber nicht, weil man sich mit dem neuen Programm auseinandersetzt. Der Anlass war ein ganz anderer: Zwei der bereits vor Jahren gewählten Betriebsräte wurden gekündigt und dienstfrei gestellt. Solange BetriebsrätInnen im gleichen Betrieb arbeiten, ist aber eine Kündigung nur mit Zustimmung des Arbeits- und Sozialgerichts möglich, um zu verhindern, dass man sich sehr einfach jener BetriebsrätInnen entledigen kann, die sich für die Belegschaft und somit auch unter Umständen gegen die

Geschäftsführung einsetzen. Gemeinsam mit der GPA-DJP, einer der drei im Medienbereich tätigen Gewerkschaften, wurde versucht, geltende Kollektivverträge im Betrieb von Puls TV und später Puls 4 umzusetzen. Außerdem waren prekäre Arbeitsverhältnisse wie freie Dienstverträge für Betriebsrat und Gewerkschaft fraglich - man wollte hier ordentliche Anstellungsverhältnisse für die KollegInnen errei-

chen. Klagen hierzu wurden bereits von der Gewerkschaft vorbereitet, da die Verhandlungen mit der Geschäftsführung bereits im Sommer 2007 gescheitert waren.

Am 5. Februar wurde schließlich vom verbleibenden Betriebsrat Kurt Raunjak eine öffentliche Betriebsversammlung auf der Wiener Mariahilferstraße, vor den Redaktionsbüros des Senders, durchgeführt. Die Stimmung war sehr

kämpferisch. Gewerkschaft und Mitgliedern der Belegschaft sprachen davon, dass als Kampfmittel für die gekündigten Betriebsräte und die Forderungen, für die diese gekämpft haben, auch Sendeausfälle kurz nach Sendestart von Puls 4 möglich sind.

Solidarität von vielen BetriebsrätInnen aus dem Medienbereich wurden übermittelt, auch die SLP und die Plattform für kämpferische

und demokratische Gewerkschaften haben solidarisch teilgenommen.

Inzwischen ist es ruhig um Puls 4 geworden. Die beiden Betriebsräte wurden mit einer großzügigen "Abfertigung" von einem Jahresgehalt zum Schweigen gebracht. Wie ein Belegschaftsmitglied kommentierte: "Vü gred, nix dan!" Der verbleibende Betriebsrat hat Neuwahlen ausgeschrieben. Für die Belegschaft bleibt zu hoffen, dass sich neue BetriebsratskandidatInnen finden, die auf der kämpferischen Stimmung im Betrieb aufbauen und konsequent mit der Belegschaft und solidarischen Personen und Organisationen von außen das Werk vollenden und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen. Puls 4 darf nicht zum Labor von Pro7Sat1 werden. "Wie billig man Fernsehen machen kann", wie es in einer Interviewfrage des Standards an den neuen 2. Geschäftsführer von Puls 4, Markus Breiteneker, hieß.

Bildung ist für SozialistInnen ein Grundrecht und kein Privileg!

Wohin treibt das Schulsystem?

von Sebastian Kugler, SLP-Wien und Schüler

Was wird im Kapitalismus heute unter "Bildung" verstanden? Werfen wir einen Blick hinter leere Phrasen wie "Für das Leben lernen wir, und nicht für die Schule" und scheinheilige Versprechungen, dass in unseren Schulen und Universitäten mündige BürgerInnen ausgebildet werden. Was erkennen wir? Dazu sei ein Beispiel angeführt, dass sich jüngst vor einem Gymnasium mit bekannt konservativen Ruf ereignete: Ein politisch engagierter Mann verteilt Flyer, um für eine Demonstration aufzurufen. Die Direktorin der Schule fordert den Mann auf, das zu unterlassen. Auf seine Frage: "Wollen Sie nicht, dass Ihre Schüler sich eine eigene Meinung bilden?" antwortet sie: "Dazu sind sie erst imstande, wenn sie unsere Schule absolviert haben." Doch auch in den angeblich fortschrittlichen Schulen läuft es nicht besser: Trotz massiven Protesten wurde an einer solchen in Wien 6 bereits vor Jahren von der Direktion durchgesetzt, dass (zum Teil sexistische) Werbeplakate die Schule "verschönern". Auch dort wurde den SchülerInnen mitgeteilt, dass dies wirtschaftlich notwendig sei und diese im Grunde von Wirtschaft halt nichts verstehen würden.

Wie steht's (noch) im Lehrplan?

Im Lehrplan der allgemein bildenden höheren Schulen (AHS) steht demgegenüber (noch) als gesetzlicher Auftrag (!) im allgemeinen Teil (der auch für Hauptschulen gilt): "Die Schule hat im Sinne des § 2 des Schulorganisationsgesetzes an der Heranbildung der jungen Menschen mitzuwirken, nämlich beim Erwerb von Wissen, bei der Entwicklung von Kompetenzen und bei der Vermittlung von Werten. Dabei ist die Bereitschaft zum selbstständigen Denken und zur kritischen Reflexion besonders zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler sind in ihrem Entwicklungsprozess zu einer sozial orientierten und positiven Lebensgestaltung zu unterstützen." (Artikel I des ersten Teils). Tatsächlich handelt es sich hier in den Augen der Herrschenden um "Relikte" einer relativ fortschrittlichen Schulpolitik vergangener Jahrzehnte. Auf der Uni und in der Erwachsenenbildung wird bereits offen gesagt, bzw. vor allem gefordert und gefördert was der Wirtschaft nutzt bzw. der Arbeitsmarkt fordert. Vor allem auch bei der Grundlagenarbeit gilt hier, in Anlehnung an Karl Marx: "Die vorherrschende Meinung ist immer die der herrschenden Klasse."

Uns wurde nichts geschenkt!

Im Kapitalismus gibt es keine Logik, außer der des Profites. Alles, was wir tun, muss "sich rechnen", muss dazu dienen, dass die BesitzerInnen der Produktionsmittel ihr Geld optimal vermehren können. Das gesamte Bildungssystem hat primär die Aufgabe, die breite Masse auf den kapitalistischen Produktionsprozess vorzubereiten. Das erfordert heute aufgrund des technischen Fortschrittes mehr Bildung als vor hundert Jahren - daher haben auch die Herrschenden ein Interesse daran, dass der Bildungsstandard heute höher ist als damals.

Es ist jedoch eine Tatsache, dass es heute insgesamt in Österreich einen relativ hohen Bildungsstandard gibt, weil der Großteil der Bildungsangebote in der primären Ausbildung (noch) kostenlos ist. Wie in vielen anderen Bereichen, so hat auch im Bildungssektor die ArbeiterInnenklasse Freiräume erkämpft. Die Statistik Austria verzeichnet zum Beispiel in den letzten Jahrzehnten einen allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung. Besaßen 1971 noch rund 62% der österreichischen Wohnbevölkerung mit 15 Jahren und älter die Pflichtschule als höchsten Bildungsabschluss, beträgt dieser Anteil Jahr 2006 nur noch 27,9%.

Bildungspolitik im Wandel: Spiegelbild der Gesellschaftsentwicklung

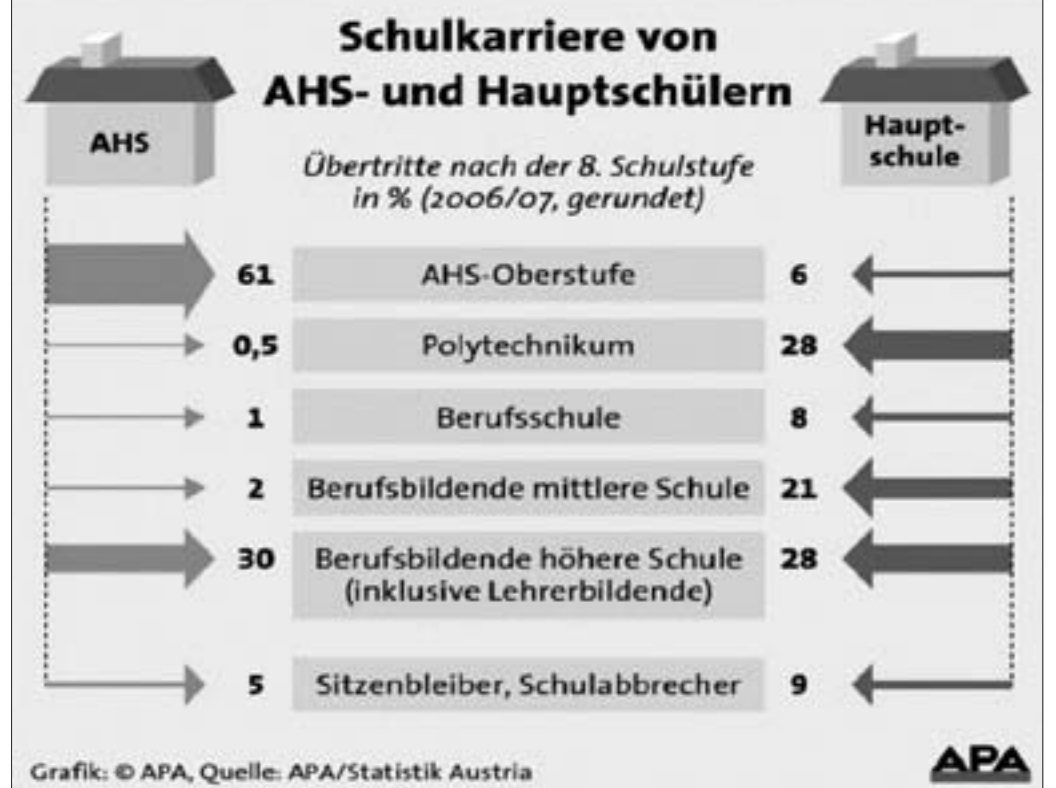
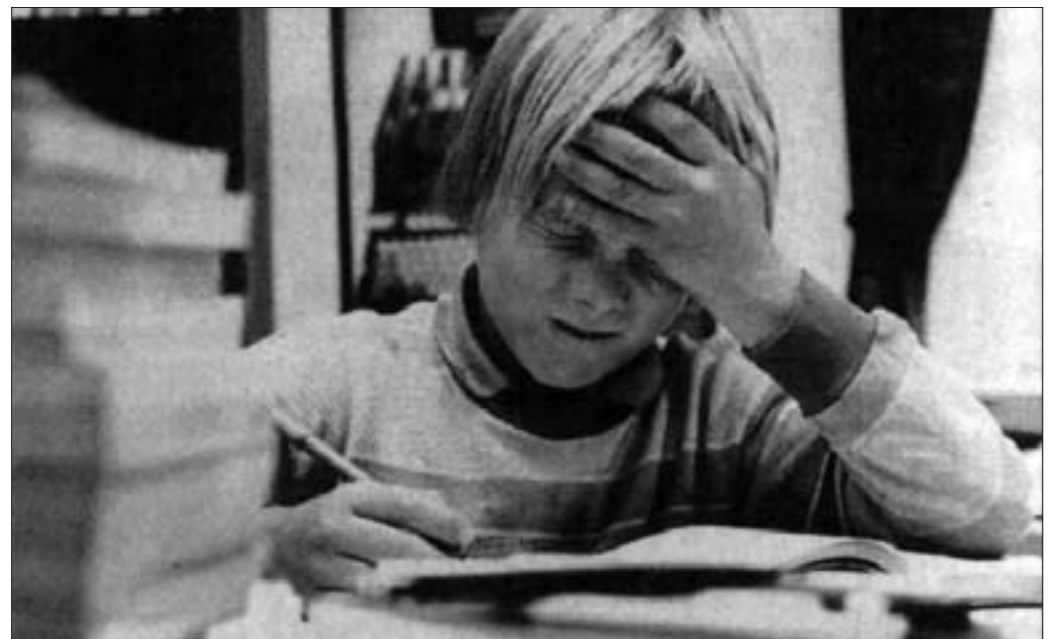
Die Wiener Schulreform zwischen 1919 und

1920 war eine der wichtigsten Reformen im Europa der Zwischenkriegszeit. Treibende Kraft war hierbei die Sozialdemokratie, die damals noch einen anderen Charakter hatte als heute, wo sie neoliberale Politik betreibt. Zumindest im "Roten Wien" der Ersten Republik Österreichs herrschte in Bildungsfragen eine echte Aufbruchstimmung, in der Otto Glöckel als Leiter des Wiener Stadtschulrates eine wichtige Rolle spielte. Es gab weit reichende Verbesserungen, wie zum Beispiel Kindergärten, Horte, und erstmals auch Erziehungsberatungsstellen. Das Ziel war, Bildung von Geschlecht und Herkunft abzukoppeln. Im Gegensatz zum revolutionären Russland, welches 1917 bis 1924 ähnliche pädagogische Reformen durchführte, blieb Bildung aber in Österreich, bzw. Wien trotzdem weiter (auch) eine Einkommensfrage. Gerade in der Schulpolitik machte zudem bereits der Austrofaschismus (1934-1938) mit fortschrittlichen Ansätzen radikal Schluss. Im NS-Staat dominierte schließlich die Rassenlehre nicht nur den Lehrplan; 1938 wurden etwa sofort jüdische SchülerInnen und LehrerInnen aus dem Regelschulbetrieb vertrieben.

Die 50er und 60er Jahre standen ganz im Zeichen der Nachwehen des NS-Regimes. Aufgrund der allgemein vorherrschenden These, dass Österreich das erste Opfer Hitlers gewesen war, konnten die Täter und Mitläufer auch im Bildungsbereich ungestört weiter in ihren Positionen bleiben. Der Alltag an Schulen und Universitäten war dementsprechend hierarchisch und konservativ strukturiert. Nicht einmal die strikte Trennung zwischen Buben und Mädchen, eingeführt 1939 unter Hitler, wurde in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit aufgehoben.

Die Bewegung der 68er hat die Bildungseinrichtungen nicht unberührt gelassen. Mit dem Schlachtruf "Unter den Talaren - der Muff von 1000 Jahren" sagten etwa StudentInnen in Deutschland der Selbstherrlichkeit der Professoren und den veralteten Strukturen der Universitäten den Kampf an. Auch in Österreich kam es infolge dieser internationalen Entwicklungen zu Verbesserungen für SchülerInnen und Studierende. In den 70er Jahren, als die SPÖ zumindest noch eine echte Reformpartei war, wurden auch Schulreformen umgesetzt. Weil Bildung nicht vom Gehalt der Eltern abhängig sein sollte, führte die Sozialdemokratie kostenlose Schulbücher und die Schülerfreifahrt ein. Unter Kreisky und Ministerin Firnberg wurden Lehrpläne entrümpelt, Mitbestimmungsrechte gewährt und an den Schulen und Universitäten sollte Demokratie gelebt werden. Um SchülerInnen vor der Prüfungs-willkür der LehrerInnen zu schützen, wurden per Schulunterrichtsgesetz Regelungen für Schularbeiten und Tests angeordnet: zum Beispiel durften Prüfungen nicht mehr ohne Ankündigung durchgeführt werden und Schularbeiten nicht mehr unmittelbar nach mehr als zwei freien Tagen angesetzt werden.

In den 80er und 90er Jahren, zeitgleich mit der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, ging es mit dem Schulsystem bergab. Diese beiden Dinge hängen eng zusammen. Nun gab es unter SPÖ-Regierungen eine Reihe von Kürzungen im Bildungswesen. Schulbücher und der Schulweg kosteten zum Beispiel wieder etwas, da für beide Selbsthalte eingeführt wurden. Dies steht auch in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Krise in der sich der Kapitalismus seit den 1980er Jahre befindet. Progressive Ansätze gab es hingegen nur wenige. Die Einführung der kooperativen Mittelschule war ein halbherziger Versuch, die Trennung, der Hauptschule und Gymnasium Unterstufe aufzuheben. Aber der Sozialdemokratie mangelte es an Konsequenz im Hinblick auf die Gesamtschule - also scheiterte sie. Unter ÖVP-Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler wurde die Kapitalisierung und Hierarchisierung der Bildungseinrichtungen vorangetrieben. Das ist allerdings eine internationale Entwicklung, die auch über die EU-Institutionen und Verträge gepusht wird. Die Entwicklung erfolgte - wie viele andere Maßnahmen - im Zu-



ge der Durchsetzung des Kapitalismus in ganz Europa nach 1989 und einer ideologischen (neoliberalen) Offensive der Bürgerlichen. Das Studium ist in Österreich seither nicht mehr kostenlos und gewisse Studienrichtungen (zum Beispiel Medizin und Psychologie) sind durch Aufnahmebeschränkungen nicht mehr für alle frei zugänglich. In den Fachhochschulen wird die Verschulung des Studiums gefördert und den Studierenden ihre Freiheiten entzogen.

Und heute?

Von Medien und PolitikerInnen bekommen wir zu hören, dass der Stellenwert von Bildung in unserer Gesellschaft zunimmt. Die Stundenkürzungen seit der Schwarz-Blauen Regierung sprechen eine andere Sprache. Gebetsmühlenartig wird vor allem seit dem mittelmäßigen Abschneiden österreichischer PflichtschülerInnen in den PISA-Studien von 2004 und 2006 wiederholt, dass die Bildungsqualität an den österreichischen Schulen umgehend verbessert werden muss. Mit der frühen Trennung in Hauptschule und AHS ist dies jedoch nicht zu erreichen. Zwei-Klassen Bildung geht immer auf Kosten der ärmeren Bevölkerung. Der Vorwurf, in einer gemeinsamen Schule gingen Talente verloren, ist nur eine Ausrede für das Fehlen von individueller Förderung, von differenziertem Umgang mit den einzelnen SchülerInnen innerhalb der Lerngruppen.

Wie man in der Grafik sehen kann, ist es für Hauptschüler nahezu unmöglich, an allgemein bildende höhere Schulen zu wechseln. Die von der ÖVP beschworenen Schnittstellen und die Durchlässigkeit des jetzigen Bildungssystems, sind reine Illusion. Dazu kommt, dass durch jahrelange Versäumnisse in der Integrationspolitik SchülerInnen mit Migrationshintergrund

jede Unterstützung und Förderung verwehrt blieb. Auch die Lehrenden wurden von den zuständigen PolitikerInnen im Stich gelassen. Es gab sogar aufgrund von "Sparpaketen" massive Verschlechterungen. So wurden zum Beispiel den Klassen mit fremdsprachigen Kindern die Stützlehrer entzogen.

Lösungsansätze

Fast jedeR zehnte SchülerIn besucht eine Privatschule. Mit einem Plus von 15,3 % im letzten Jahr ist die Zahl der PrivatschülerInnen deutlich stärker gewachsen als die Gesamtschülerzahl (plus 0,75 %). Mit Abstand größter Erhalter von Privatschulen ist die römisch-katholische Kirche: Mit insgesamt 72.600 SchülerInnen besuchen zwei Drittel aller PrivatschülerInnen ihre Einrichtungen. Elitgedanken, konservative Erziehung, hohe Schulgelder (ab 300 Euro aufwärts) und öffentliche Subventionen (der Staat übernimmt die vollen Personalkosten!) gehen vor allem hier Hand in Hand. Das Privatschul(un)wesen begünstigt somit in erster Linie die negativen Tendenzen im Bildungssystem. Es stellt keinen Lösungsansatz zur Bildungsmisere dar. Daran ändern auch einzelne Alternativschulen mit progressiven Lehrmethoden und Inhalten - welchen oft das Öffentlichkeitsrecht verwehrt wird und die im Gegensatz zu den katholischen Privatschulen kaum staatliche Gelder erhalten - nichts. Die SLP fordert daher die öffentliche und kostenlose Gesamtschule mit integrierter Berufsausbildung in Lehrwerkstätten für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr und ein Ende des Privat- und Eliteschul(un)wesens. Alle Kinder und Jugendlichen haben unabhängig von ihrer Herkunft das gleiche Recht auf die best mögliche Bildung!

Die Schuldebatte aus Sicht eines Lehrers

... und täglich grüßt das Murmeltier

von Albert Kropf, SLP-Wien

Kaum eine Woche vergeht ohne negative Schlagzeilen zum Schulsystem. In beinahe zyklischen Abständen sind es Studien (wie etwa Pisa), die dem österreichischen Bildungssystem schlechte Noten bescheren. Mal sind es in Wirklichkeit inhaltsleere Debatten um die Zukunft bzw. Neuordnung des Schulwesens. Wie zuletzt bei der Diskussion um die "Gesamtschule" - nur dass das alles eigentlich gar nichts mit einer Gesamtschule zu tun hatte. Dann wird der "Sittenverfall" der Jugendlichen und Kinder und damit die SchülerInnen selbst verantwortlich gemacht. Gerade aktuell ist es - auch nichts Neues - den "Schwarzen Peter" den LehrerInnen pauschal zuzuschreiben. So geschehen anhand der Debatte um das neu erschienene Buch von Andreas Salcher: "Der talentierte Schüler und seine Feinde". Im Visier hat der ehemalige ÖVP Mandatar und Unternehmensberater Salcher dabei die LehrerInnen als "Feinde" der talentierten SchülerInnen.

Die Bildungsdebatte ist wahrscheinlich so alt wie die Institution Schule selbst. Schon in der Antike hat man/frau sich den Kopf über die Bildung und Erziehung der Nachkommenschaft zerbrochen. Und das, verglichen über die Jahrtausende, mit äußerst unterschiedlichen Resultaten. Der Grund dafür ist, dass Bildung an und für sich nichts Wertfreies ist. Bildung ist immer Ausdruck der herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Damit überraschen auch die



unterschiedlichen Konzepte nicht mehr. Im antiken Sparta wurde eine Bildung und Erziehung gewählt, die das Überleben der auf eine Kriegerkaste gestützten Gesellschaft ermöglichte. Und so sind auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung Konzepte und Modelle alternativer Bildungssysteme entstanden. Besonders bekannt

wurde dabei die Wiener Schulreform der Zwischenkriegszeit unter dem damaligen Stadtschulratspräsidenten Otto Glöckel. Unter Einbeziehung der noch jungen Individualpsychologie Alfred Adlers richtete sich das Hauptaugenmerk auf eine Gesamtschule ohne Bildungsprivilegien. Und so schließt sich der Kreis und

wir sind wieder bei Andreas Salcher. Auch er greift zweifelsohne viele Missstände auf. Auf seine fachliche Bildungskompetenz angesprochen, verweist Salcher auf seine Mitarbeit bei der Gründung der Sir Karl Popper-Schule für Hochbegabte...

Unser Schulsystem krankt sicher nicht an zu wenigen Möglichkeiten für Hochbegabte und deren Spezialisierung. Kein anderes Bildungssystem in Europa setzt so auf "Frühspezialisierung" wie das unsere. Im Mittelpunkt steht dabei auch nicht die Entwicklung des Menschen als Teil innerhalb der Gemeinschaft, sondern die Ausprägung einer Fachrichtung bzw. Fähigkeit. Stünden allen SchülerInnen die Möglichkeiten offen, wie sie z. B. an Eliteschulen wie der Popper-Schule geboten werden, stünde unser Bildungssystem wesentlich besser da. Sie zeichnen sich aus durch vergleichsweise sehr niedrige Klassenzahlen oder Bereitstellung von neuer Infrastruktur (wie etwa Laptopklassen etc.) für beinahe alle Unterrichtsfächer aus. Erst diese Voraussetzungen machen Unterrichtsformen wie die unterschiedlichsten Arten von Gruppen- und Projektarbeit wirklich möglich. Unsere Forderung kann daher nur lauten: Schluss mit dem Geplänkel der etablierten Politik und dem Auspielen von LehrerInnen und SchülerInnen. Stopp den Bildungsprivilegien! Elitebildung für alle in einer Gesamtschule, die den Menschen und nicht seine profitträchtige Verwertung in den Mittelpunkt stellt!



Was SchülerInnen und Studierende wirklich brauchen

von Lisa Wawra, Studierende, SLP-Wien

Es gibt Schulen die durch kleine Klassenzahlen und individuelle Lehr- und Lernpläne punkten. Es gibt Schulen ohne Noten. Es gibt Schulen mit Integrationsklassen, wo in einer Klasse immer auch einige (körperlich) behinderten SchülerInnen sind. Dies fördert nicht nur den Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Klasse, da es oft gilt, den behinderten MitschülerInnen gemeinsam Hilfestellung zu leisten, sondern lehrt den Kindern auch den Umgang mit behinderten Menschen. Es gibt Schulen, wo Kinder verschiedenen Alters in gemeinsamen Lerngruppen arbeiten, und es das Prinzip der starren Klasse überhaupt nicht gibt. Es gibt auch Schulen in anderen kann man neben der höheren Bildung auch einen handwerklichen Beruf erlernen. Es gibt sogar Schulen wo sich die SchülerInnen den Lehrplan selbst zusammenstellen können, und selbst entscheiden, was sie wann lernen möchten. Denn gerade junge Kinder lernen sehr gerne und es gilt, sie darin zu fördern und zu motivieren, anstatt ihnen die Freude am Lernen durch ein unflexibles Schulsystem zu nehmen. Und es gibt Schulen wo Jugendliche mit völlig unterschiedlichen Muttersprachen optimale Lernfortschritte erzielen. All diese Schulen sind in der Regel Privatschulen und/oder kosten viel Geld. Es geht also v.a. darum, bereits vorhandene Erfahrungen und Erkenntnisse für alle zu nutzen, Geld in die Hand zu nehmen und damit auch in unserer Gesellschaft umzuverteilen. Gleichzeitig soll Schule und Bildung demokratisch organisiert und bestimmt werden; vor allem SchülerInnen könnten etwa viel stärker -

statt nur formaler Mitbestimmung - aktiv als Unterrichtende eingebunden werden und so Lehrinhalte selbst erarbeiten und vermitteln.

Auch im Studium gibt es Handlungsbedarf.

Die Studiengebühren gehören abgeschafft damit wirklich jeder/jede, egal aus welcher Einkommensschicht er/sie kommt, die Möglichkeit zu studieren bekommt. Die Zergliederung und Privatisierung von Forschung und Lehre muss sofort gestoppt und rückgängig gemacht werden! Fehlendes Geld um Raumnot und Personalmangel zu beheben soll durch entsprechende Besteuerung der Unternehmen und nicht durch deren Almosen finanziert werden! Wir wollen aber keinen Elfenbeinturm, deshalb: Unternehmer(verbände) raus aus den Unis, Gewerkschaften und AK rein! Die Uni soll auch mehr Kurse für StudentInnen, die daneben arbeiten, anbieten; also zum Beispiel Kurse und Vorlesungen am Abend.

Für StudentInnen mit Kind soll es kostenlose Kinderbetreuung während der Vorlesungszeiten geben.

Auch diese Forderungen sind in keinsten Weise unrealistisch oder unfinanzierbar: Alleine die "Hannes Androsch Stiftung" für Wissenschaftsförderung ist mindestens zehn Millionen Euro schwer. Nur das hier wohl letztlich Herr Androsch bestimmt was gut für die Wissenschaft ist. Im Kapitalismus haben die Herrschenden kein Interesse an wirklich freier und gleicher Bildung für alle Menschen. Deshalb gilt es, diese zu erkämpfen mit der Perspektive, den Kapitalismus als ganzen zu überwinden.

marxismus aktuell

SchülerInnen, StudentInnen und die ArbeiterInnenbewegung

von Jan Rybak SLP-Salzburg

In den letzten Jahren hat sich die Zusammensetzung der sozialen Bewegungen in vielen Ländern, im Besonderen in den Industriationen, verändert. SchülerInnen und StudentInnen spielen eine immer bedeutendere Rolle. So wurde zum Beispiel ein großer Teil der Bewegung gegen den Irakkrieg von SchülerInnen getragen. Es gibt immer mehr Jugendliche, die sich nicht mehr länger mit ihrer schlechten sozialen Lage, mit Rassismus und Krieg abfinden wollen und sich entschließen Widerstand zu leisten. Bereits in der Vergangenheit spielte die Jugend immer eine bedeutende Rolle im Klassenkampf. So wurden die Revolutionen von 1848 in Deutschland und Österreich, von 1905 in Russland, von 1968 in Frankreich, etc. durch Jugendrevolten angestoßen. Und auch Lenin meinte "Wer die Jugend hat, hat die Zukunft".

Machtverhältnisse

StudentInnen und SchülerInnen können mit ihrer revolutionären Energie Kämpfe und Bewegungen initiieren. Um soziale und politische Ziele zu erreichen, ist aber das Eingreifen der ArbeiterInnenklasse von Nöten, z.B. durch (Solidaritäts-)streiks. Leo Trotzki schreibt zu dem Verhältnis von Studierenden und Proletariat in der sozialistischen Revolution, dass die StudentInnen als "leichte Kavallerie den Angriff auf die Bastionen der herrschenden Klasse eröffnen können", es aber "die schweren Bataillone des Proletariats" braucht um den Kampf zum Sieg zu führen. Der Grund dafür liegt nicht nur in der größeren numerischen Bedeutung der ArbeiterInnenklasse, sondern vor allem daran, dass diese im Gegensatz zu SchülerInnen und StudentInnen mit der Waffe des Streiks über ökonomische Macht verfügen. Die Aufgaben der sozialistischen Bewegung haben sich nicht grundsätzlich verändert. Es geht immer noch darum Widerstand gegen Armut, Krieg und Rassismus zu leisten, soziale Errungenschaften zu verteidigen und Verbesserungen zu erkämpfen. Das heißt auch, dass

die von MarxistInnen vorgeschlagene Strategie des Bündnisses zwischen den kämpferischen Teilen der ArbeiterInnenklasse und SchülerInnen/StudentInnen eine Grundvoraussetzung für das Erreichen dieser Ziele ist.

Beispiel 1968

Die '68er Bewegung in Frankreich ist ein anschauliches Beispiel für das Zusammenspiel von Studierenden und ArbeiterInnen in revolutionären Bewegungen. Die Kämpfe begannen mit den Demonstrationen der StudentInnen für ihre Rechte. Als diese Proteste von der Polizei brutal unterdrückt wurden, solidarisierten sich weite Teile der französischen ArbeiterInnenklasse. Zum Höhepunkt der Kämpfe standen über 10 Millionen ArbeiterInnen im Streik. Fabriken wurden besetzt, die Versorgung von Städten und Gemeinden teilweise von gewählten ArbeiterInnenkomitees organisiert. Präsident Charles de Gaulle konnte nur mit Hilfe von NATO-Panzern wieder die Macht über die Hauptstadt erringen. Entscheidend dafür, dass die '68er-Bewegung in Frankreich so viel weiter fortgeschritten war als z.B. in Deutschland oder Österreich, war, dass weite Teile der ArbeiterInnenklasse bewusst in den Kampf eingriffen und damit der Bewegung ökonomische Macht verschufen. Hätte es 1968 eine revolutionäre, sozialistische Massenpartei gegeben, die ArbeiterInnen, StudentInnen und SchülerInnen gleichermaßen organisiert, und mit einem sozialistischen Programm ausgestattet hätte, die Geschichte wäre anders verlaufen. Heute ist es notwendiger denn je eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche aufzubauen. Diese Partei sollte auf der Basis eines klaren revolutionär-sozialistischen Kampfes alle Menschen organisieren, die nicht mehr bereit sind, den Kapitalismus zu akzeptieren und Widerstand leisten wollen. SchülerInnen und StudentInnen können in solchen neuen Formationen eine bedeutende Rolle spielen. Die wichtigste Aufgabe und die schwerste Last wird aber weiter den "schweren Bataillonen", also der ArbeiterInnenklasse zufallen.



“Unser” Bier im Kapitalismus

Bier als Spiegel der Zeit

von Martin Ramberger,
SLP-NÖ

Österreich hat eine lange Tradition des Biertrinkens und -brauens. Nicht umsonst war der Gerstensaft der Exportschlager der Österreich-ungarischen Monarchie. Im 19. Jahrhundert war es auch üblich, dass ein Teil des Lohnes der Wiener Ziegelerbeiter in Form von Bier oder Schnaps ausgezahlt wurde. 140 Brauereien in Österreich und 109 Liter Konsum pro Kopf und Jahr lassen es als bodenständiges, regionales und demokratisches Produkt erscheinen. Aber gerade auch im Gerstensaft spiegeln sich die Wirtschaftsgeschichte und Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Österreich wieder.

Enteignung und Zwangsarbeit

1938, nach dem Anschluss, mussten etliche Jüdinnen und Juden ihre Wohnungen zwangsverkauft oder sie wurden ihnen einfach weggenommen, “arisiert”. Dasselbe spielte sich auch in der Wirtschaft ab. Jüdische Unternehmen mussten ebenfalls zu einem Spottpreis verkauft werden. Dies passierte auch Moritz von Kuffner, der bis 1938 der Besitzer der Ottakringer Brauerei war. Die Anfeindungen der Nationalsozialisten nahmen bereits unmittelbar vor dem Anschluss so stark zu, dass er noch vor dem Anschluss die Brauerei an Gustav Harmer deutlich unter Wert verkaufte und in die Schweiz flüchtete. So war das Ottakringer Bier das erste “arisierte” Bier Österreichs. Man bekommt kaum zufrieden stellende Antworten auf die Frage wie sich die bekanntesten Brauereien während des Nazi-Regimes verhalten

haben. Auf den meisten Homepages wird dieser Abschnitt der Firmengeschichte nicht behandelt oder nur kurz erwähnt, dass die Zeit wirtschaftlich nicht die beste war. Zipfer schreibt auf seiner Homepage: “...Nach dem kurzzeitigen Betriebsstillstand während des Zweiten Weltkriegs konnte zum hundertjährigen Jubiläum die 200.000 hl Marke überschritten werden.” Kein Wort darüber, dass die Stollen der Zipfer Brauerei, welche noch immer in Besitz von Zipfer sind, von KZ-Häftlingen ausgehoben worden waren.

Konzentration, “Bierimperialismus” und geringe Lohnerhöhungen

Von Vielfalt ist heute keine Rede mehr: Einige Bierexperten meinen, dass diverse Retro-Designs bei Flaschen und Dosen, die Individualität vorgaukeln, in einem krassen Widerspruch zu einer starken Tendenz zum Einheitsgeschmack stehen. Der Biermarkt selbst wurde seit den 1980er Jahren fast völlig monopolisiert: Viele der bekannten Biermarken (Zipfer, Wieselburger, Gösler,...) schlossen sich zur Brau Union Österreich AG (BBAG). Seit 2003 besitzt Heineken die Aktienmehrheit; mit dem 1,9 Milliarden-Deal wurde der Konzern zum Marktführer in acht von 13 zentraleuropäischen Ländern. Im Bierland Tschechien ist z.B. faktisch nur mehr die nach wie vor staatliche Budweiser-Brauerei tschechisch. Und während die Bierpreise zuletzt kräftig gestiegen sind (bis zu zehn Prozent, bei Egger), betrugen die Kollektivvertragserhöhungen bei den Brauereien 2007 gerade einmal drei Prozent ...



Der starke Staat im TV

Welche Ideologie steckt hinter CSI & Co.?

von Georg Kumer, SLP-Wien

Im September 2000 erblickte in den USA eine neue Krimiserie das Licht der Welt: “CSI: Crime Scene Investigation”, die zu einer der erfolgreichsten Serien ihrer Art werden sollte. CSI handelt nicht von einfachen PolizistInnen, sondern von der Arbeit einer Abteilung von Spurensicherern und Tattermittlern.

Völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit

Wer sich mit dem Polizei- und Justizsystem der USA beschäftigt, dem wird auffallen, dass Ermittlungen in dem Umfang, wie es bei CSI suggeriert wird, nur in Ausnahmefällen durchgeführt werden. Ob nun ein Obdachloser tot aufgefunden oder ein Millionärsohn verschwindet, es werden ohne Ansehen der Person alle Ressourcen mobilisiert und die teuersten Untersuchungsmethoden verwendet. Dieses Bild ist nicht nur eine enorme Übertreibung der Realität, es täuscht den Massen der ZuseherInnen auch vor, die Behörden würden alles in ihrer Macht stehende tun und lük-

kenlos ermitteln. Nichts könnte ferner von der Wahrheit liegen. Es wird nicht nur bei den Ermittlungsbemühungen ein deutlicher Klassenunterschied gemacht. In vielen Fällen wird bei den Ermittlungen nicht einmal versucht, die genauen Umstände der Tat zu rekonstruieren. Die Priorität liegt oft auf der schnellen Ermittlung eines Schuldigen. Ob er an der Tat beteiligt war oder nicht spielt dabei nicht unbedingt die zentrale Rolle und in den meisten Fällen werden solche Sündenböcke nicht in den Nobelpororten “gefunden”.

Rassistische Justiz

Wenn man die Situation in den Gefängnissen der USA betrachtet, wird das Ausmaß der Ungerechtigkeit und des inhärenten Rassismus dieses Justizsystems deutlich. Obwohl Schwarze nur 13% der US Bevölkerung stellen, machen sie 43% der Gefängnisinsassen aus. Pro Kopf sitzen heute in den USA mehr als 4-mal so viele Schwarze im Gefängnis wie zum Ende der Apartheid in Südafrika. Die Wahrscheinlichkeit, dass man als Schwarzer einmal in seinem Leben

eingesperrt wird, ist um fast 15-mal höher als für Weiße.

Sinkende Kriminalität – steigende Repression

Dem gegenüber ist die Zahl der Verbrechen in den USA seit Beginn der 90er Jahre stark gesunken und befindet sich heute auf dem Stand von 1970. Trotzdem werden immer restriktivere Gesetze erlassen, wodurch sich die Gefängnispopulation in den letzten 25 Jahren verzehnfacht hat und heute bei mehr als 3.000.000 liegt. TV Serien wie CSI liefern gleich beides, das Problem und seine Lösung. Die vermeintlich steigende Gewalt muss mit einem immer größeren Aufgebot an staatlichen Repressionen und Einschränkungen der Bürgerrechte beantwortet werden. Das aber die daraus resultierende enorme Machtfülle nicht gegen die eigenen BürgerInnen, sondern immer nur zu ihrem Besten eingesetzt wird, suggerieren genau solche Serien wie CSI, Law & Order und wie sie alle heißen mögen. Besser gemacht oder schlechter, alle tragen sie ihren Teil zur Propaganda für die Aufrechterhaltung des Systems bei.

Die SLP im Februar:

Von Pakistan bis zum Hannovermarkt ...

von Michael Gehmacher,
SLP-Wien

Die letzten Jännertage standen im Zeichen der internationalen Solidarität. Gemeinsam mit den GPA-StudentInnen veranstalteten wir einen Informationsabend zur Situation in Pakistan. Wir berichteten über die politische Lage in der ArbeiterInnenbewegung, v.a. die Arbeit der Trade Union Rights Campaign Pakistan, einer Gewerkschaftsbewegung in der unsere GenossInnen eine wichtige Rolle spielen. Der Abend brachte 180 Euro für die TURC ein.

Rieder Aschermittwoch

Am 6.2. trafen sich GenossInnen der SLP aus Salzburg, Hallein, Linz und Wien in Ried um gegen die rechte Hetze am FPÖ-Aschermittwoch zu demonstrieren. Außer der KJÖ-Braunau und der türkisch/kurdischen HDAK fand es leider niemand wert gemeinsam gegen Strache aufzutreten. “Bravo SLP! Die einzige Gruppe mit Initiative und somit als einzige Partei wählbar (anders

als die Schnarchnasen von SJ und GAJ!)”, war am 7.6.2008 bereits um 8 Uhr früh im Standard-Forum zu lesen.

Demo gegen Nazi-Anschlag

Angesichts der Angriffe auf SLP-Bundessprecherin Sonja Grusch (siehe Rückseite) kam es am 26. Februar zu einer kurzfristig organisierten Kundgebung am Hannover Markt. An der Kundgebung beteiligten sich die Brigitte-nauer Grünen, VertreterInnen der GPA, und des GLB. Heribert Schiedel vom DÖW schrieb in einer Solidaritätserklärung, dass “auch die neuen Nazis von Einschüchterung und Terror leben” Der Historiker em. Univ. Prof. Dr. Rudolf Kropf stellte den Bezug zu den heurigen Gedenktagen (1933, 1938) her. Vom Mauthausen Komitee Österreich erhielten eine Grußbotschaft.

SklavInnenaufstand in Wien 10

Am 29.2.08 beteiligten sich die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften und die SLP am “Ta-

ges des Prekariats”, organisiert von den Gewerkschaften VI-DA, GPA und verschiedenen Arbeitsloseninitiativen am Victor Adler Markt in Wien Favoriten. Trotz strömenden Regens gelang es uns einigermaßen, unsere sozialpolitischen Forderungen unter die Leute zu bringen. In unserem bewährten Straßentheater vom “SklavInnenaufstand”, unterstrichen wir die Notwendigkeit der Solidarität aller ArbeitnehmerInnen. Der “SklavInnenaufstand” wurde am 7.3.08 anlässlich des internationalen Frauentages vor einem großen Wiener Arbeitsamt und auf der Frauendemo am 8.3. wiederholt.

Der sehenswerte Film dazu unter:
www.gewerkschaftsplattform.org.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein “All-Inclusive-Abo” eben. **PSK 8812.733**

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr,
“Alte Welt”, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
“Shakespeare”, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
“Lechenauers”, Molnarplatz 16

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

KLAGENFURT

jd. 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr,
Jugendherberge – Neckheimgasse 6

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhäuser Stüberl, 15., Löhrgasse 13,
(U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38,
(U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,
(U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Gefällt Dir das Vorwärts?



Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und
Kennwort “Abo”
nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

Zypern:**Dimitris Christofias – ein Linker wird Präsident**

Die zyprische Sektion des CWI besteht nicht nur aus griechischen ZypriotenInnen, sondern hat auch ausgezeichnete Beziehungen zu KurdInnen, die dort als Flüchtlinge leben, sowie zu Organisationen im türkischen Norden. Sie hat gemeinsam mit der Organisation "Jugend gegen den Nationalismus" mit der Parole "Wir wählen Dimitris Christofias. Wir kämpfen für eine neue Linke" in den Wahlkampf interveniert. Dies konnte jedoch nur eine kritische Unterstützung sein. Die Unterstützung deshalb, weil Christofias der einzige Kandidat war, der im Namen der ArbeitnehmerInnen und der Linken sprach, also unter den gegebenen Bedingungen der beste Vorschlag war.

Dabei machten sie jedoch klar, dass Christofias und die AKEL nicht die Probleme lösen werden und nicht die Linke sind, die konsequent die ArbeiterInneninteressen und die sozialistische Perspektive verteidigen. Dafür ist eine neue wahrhaft sozialistische und internationalistische Linke notwendig, die die Fehler des Stalinismus und der Sozialdemokratie vermeidet.

Kosova nach der Unabhängigkeitserklärung: Protektorat des Westens

Das "neue Kosova" ist kein unabhängiger, souveräner Staat, sondern eine Art Protektorat der westlichen Kräfte. Die EU wird das Gebiet leiten, einschließlich riesiger Machtbefugnisse für ein sogenanntes Internationales Ziviles Büro, "das die Macht haben wird, Gesetze zu kippen und kosovarische Beamte zu feuern", so der Guardian vom 20. Februar. Kosova hat entscheidende geostrategische Bedeutung für die westlichen Imperialisten, besonders in Opposition zu Russland. (...) Um ein demokratisches und wirtschaftlich lebensfähiges Kosova zu erreichen, ist eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf Basis von öffentlichem Eigentum der Unternehmen unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung notwendig. (...) Ein unabhängiges sozialistisches Kosova würde volle kulturelle und andere Minderheitenrechte gewähren. Dies könnte Autonomie für die serbische Minderheit beinhalten, wenn diese das wünscht.

► Vollständige Fassungen auf: www.sozialistische-alternative.de und www.socialistworld.net

www.socialistworld.net*Klassenkämpfe, "Linke" Wahlerfolge und wachsende Kapitalismuskritik*

Linksruck in Deutschland!

von Laura Rafetseder,
SLP-Wien

Nach den Lokführern streikt nun der öffentliche Dienst für höhere Löhne: Eine 8%ige Lohnerhöhung. Im Unterschied zu den Defensivkämpfen der vergangenen Jahre geht es hier nun um offensive Kämpfe für eine Verbesserung der Lebensbedingungen - nicht zuletzt Ausdruck einer veränderten Stimmung in der ArbeiterInnenklasse. Die Mitte Februar begonnene Warnstreikwelle erreichte zuletzt einen neuen Höhepunkt Anfang März: Der Druck auf die Ver.di-Spitze ist so groß, dass Vorsitzender Bsirske sogar mit unbefristeten Streiks drohen musste.

Mogelpackung der ArbeitgeberInnen

Für Wut unter den 1,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sorgt weiterhin das vorliegende Angebot der "ArbeitgeberInnen". Dieses beinhaltet - anders als vielfach berichtet - keine Einkommenserhöhung von fünf Prozent, sondern lediglich eine stufenweise Anhebung der Löhne und Gehälter um insgesamt vier Prozent in den kommenden zwei Jahren sowie eine Ausweitung der Leistungsbezahlung um ein Prozent. Im Gegenzug bestehen Bund und Kommunen allerdings auf einer unbezahlten Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden.

Solidarisierung

Die Bevölkerung solidarisiert sich: In München z.B. haben Eltern begonnen sich hinter die streikenden ErzieherInnen zu stellen. Sie haben einen Elternbrief verteilt und am 25. Februar 2008 kurzfristig einen ersten Elternabend organisiert, an dem eine Reihe



von Eltern teilnahmen. Als erster Schritt wurde beschlossen, einen Protestbrief an Oberbürgermeister Ude zu schicken. Ab dem ersten Streiktag will man künftig die Bezahlung des Essensgelds verweigern. Die Eltern wollen nicht, dass ErzieherInnen Notgruppen aufrechterhalten müssen. Stattdessen soll eine alternative Kinderbetreuung organisiert werden, die der Stadt mit 10 Euro pro Stunde und Betreuungsperson in Rechnung gestellt werden soll. Außerdem wollen die Eltern das Büro von OB Ude besuchen und ihn auffordern, die

Position von ver.di und GEW zu unterstützen. Es wird von ihm gefordert den Personalreferenten der Stadt München Thomas Böhle (Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeberverbände) sofort zu entlassen.

Stimmung radikalisiert sich

Die radikalisierte Stimmung drückte sich auch aus, als Nokia die Schließung des Werks in Bochum und eine Standortverlagerung nach Rumänien ankündigte. 4.300 Jobs würden dabei verloren gehen, die Löhne in Rumänien sind

zehnmal niedriger als in Deutschland. Das provozierte enormen Unmut unter der Bevölkerung, nur die Hälfte der Belegschaft ging am nächsten Tag zur Arbeit, ArbeiterInnen blockierten die Straße zum Werk um ihre Wut auszudrücken.

Die Linke drückt restliche Parteien nach links

Zu der militanteren Stimmung in den Gewerkschaften kommt der Einfluss der Linken auf die politische Situation in Deutschland. Die Schlagzeile von BILD einen

Tag nach der Wahl in Hamburg drückte die Sorge der Herrschenden aus: "Macht Lafo Deutschland unregierbar"? Die Linke ist nicht nur ein politischer Faktor, sie zwingt auch die übrigen Parteien zu linkerer Rhetorik. Für alle Befürworter der kleineren Übel-Logik: Das Beispiel der Linken in Deutschland zeigt sehr deutlich, dass die Existenz einer politischen Alternative nicht der Rechten nützt, sondern Druck auf die etablierten Parteien ausübt.

Für oder gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen?

Die Führung der Linken in Berlin agiert allerdings gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen: Eine besondere Eskalation des Tarifkonflikts im Öffentlichen Dienst betreibt derweil der SPD-Linke-Senat in Berlin, wo die öffentlich Bediensteten seit dem im Jahr 2003 geschlossenen "Solidarpakt" gegenüber ihren KollegInnen in anderen Bundesländern deutlich schlechter gestellt sind. Hier versuchten Polizeibehörde und Innensenat am Dienstag, Angestellte bei der Polizei per "Notdienstverpflichtung" vom Streik abzuhalten (Die SAV ist schon in der Vergangenheit gegen die Politik der SPD-PDS Koalition in Berlin eingetreten und hat vor den Auswirkungen einer Fusion der WASG mit der PDS gewarnt). In Aachen dagegen, wo die SAV für die Linke mit Marc Treude einen Stadtrat stellt, brachte sie auf Initiative der SAV einen Antrag ein, der die Forderungen der Gewerkschaft in der Tarifrunde des Öffentlichen Dienst unterstützt. Die SAV tritt außerdem für einen bundesweiten Vollstreik im Öffentlichen Dienst ein, um die Lohnforderungen ohne Kompromisse umzusetzen.

Vorwahlkampf: Linksruck in den USA?

Interview mit dem Sozialisten Greg Beiter aus Seattle, USA.

Ist Obama wirklich eine Alternative zu Clinton?

Die Wahlkampagne Obamas reflektiert das politische Erwachen der amerikanischen Gesellschaft in einer verzerrten Art und Weise. Massenströmen zu seinen Wahlkampfveranstaltungen, in Seattle und Boston kamen jeweils mehr als 20.000 Menschen. Obwohl er sich programmatisch nicht besonders von Clinton unterscheidet, so wird er doch nicht als Teil des politischen Establishments gesehen, sondern als Outsider. Als die USA in den Irak einmarschierten, war er noch nicht Abgeordneter des Nationalen Kongresses und gilt da-

durch als Kriegsgegner. Er wirft niemals die soziale Frage auf, nutzt aber geschickt populistische Slogans von "Wechsel" und "Hoffnung", so dass Menschen die Hoffnung in ihn setzen, dass er ihren Lebensstandard wirklich verbessern wird. 70 Prozent der US-AmerikanerInnen denken, dass die US-Politik in die falsche Richtung läuft und ersehnen einen Wechsel, und das zieht Obama an.

Welche Rolle spielt die Besetzung des Irak im Bewusstsein der US-AmerikanerInnen dabei?

Der Irakkrieg ist extrem unpopulär in den USA, die über-

wältigende Mehrheit der US-Bevölkerung lehnt ihn ab. Dadurch ist die Unterstützung für Bush auf 29 Prozent gesunken. Er wird wahrscheinlich sein Amt als der unpopulärste Präsident, den es jemals in den USA gab, abgeben. Die Anti-Kriegs-Bewegung in den USA dauert an, wenn sie auch Höhen und Tiefen durchschreitet, und zieht viele Jugendliche an. Einige AktivistInnen sind heute enttäuscht, dass die Bewegung bislang nicht erfolgreich war, andere verschwendeten viel Zeit in Wahlkampagnen für die Demokraten. Da die Gewalt im Irak zurzeit etwas zurückgegangen ist, hat auch die Bewegung etwas an Intensität ver-

loren, das kann sich aber ändern, sobald z.B. die Anschläge wieder zunehmen.

Welche Rolle spielt Socialist Alternative in dieser Bewegung?

Wir organisieren vor allem Aktivitäten an den Unis und an Schulen, wie Veranstaltungen oder Schülerdemonstrationen, wie zuletzt im November 2007. Wir werden Ralph Nader, einen parteilosen anti-neoliberalen Kriegsgegner, der dieses Jahr zum vierten Mal zu den Präsidentschaftswahlen kandidiert, unterstützen. Es ist unklar, wer das Rennen bei den Demokraten machen wird, aber sowohl Obama als auch Clinton werden

dieselbe neoliberale Politik ihrer Vorgänger umsetzen und den Krieg nicht beenden. Die Illusionen in Obama werden sich dann schnell in Luft auflösen und immer mehr Menschen werden bereit sein, eine wirkliche politische Interessensvertretung der arbeitenden Menschen, Jugendlichen und ImmigrantInnen aufzubauen.

► Greg Breiter ist Mitglied von Socialist Alternative, der SLP-Schwesterorganisation in den USA. Das Interview führte Conny Dahmen von unserer deutschen Schwesterorganisation SAV.

Feiger Nazi-Anschlag auf Sozialistin in Wien

Großveranstaltung gegen Rassismus am 12. 4. im Haus der Begegnung in Wien Brigittenau

Als am 13. September 2007 in Wien Brigittenau mehrere hundert Menschen gegen den Ausbau des Islamischen Zentrums in der Dammstraße demonstrierten, nutzten erstmals zirka 100 Neonazis von AFP, BfJ und NVP diese Demonstration, um ungehindert ihre rechtsextremen Sprüche zu brüllen und ihr Material zu verteilen. In der Nacht vom 23. zum 24. Februar erreichte der Naziterror in Wien Brigittenau eine neue Dimension. Im Haus, in dem die SLP-Bundessprecherin, Sonja Grusch, gemeldet ist, sowie in der näheren Umgebung, wurden Nazi-Parolen gesprayed; offenbar mit dem Ziel sie einzuschüchtern.

Wer sich mit den Hunden ins Bett legt, wacht mit Flöhen auf

Die Vereinnahmung der "Bürgerinitiative Dammstraße" durch die FPÖ und die Unterstützung durch die ÖVP ermöglichten den Rechtsextremen die Demonstration für ihre Propaganda zu verwenden, und so im 20. Bezirk Fuß zu fassen. Seitdem sind regelmäßig Pickler der rechtsextremen NVP zu finden und Nazi-Schmierereien an den Hauswänden werden immer mehr. Auch SPÖ und Grüne haben es damals unterlassen ihre Möglichkeiten zur Gegenmobilisierung zu nutzen. Die SLP ist demgegenüber eindeutig die aktivste antifaschistische Kraft in der Brigittenau. Das behagt den Rechtsextremen natürlich nicht, weshalb die SLP schon öfters Ziel von Angriffen rechtsextremer Gruppierungen war. Gegen die verschiedenen Nazi-Organisationen, die sich durch die FPÖ immer sicherer fühlen, müssen deutliche Zeichen gesetzt werden. Es ist notwendig, dass bei den nächsten Kundgebungen und Demonstrationen nicht nur einzelne VertreterInnen der linken und antifaschistischen Gruppen teilnehmen, son-

dern dass durch eine breite Mobilisierung gezeigt wird, dass es hier keinen Platz für rassistische Hetzer und faschistische Sprayer gibt.

Antifaschistischer Stadtrat aus Köln in Wien!

Beispielgebend dafür kann die Kampagne unserer deutschen Schwesterorganisation SAV sein, die gemeinsam mit anderen Gruppen im Juni 2007 eine machtvolle antifaschistische Demonstration organisiert hatte. Die rechtsextreme Gruppierung "Pro-Köln" hatte zu einem Schweigemarsch gegen den Bau einer Moschee aufgerufen, an dem sich neben NPDlern und anderen deutschen Neonazis auch einige hochrangige FPÖler, angeführt von Strache und Vilimsky beteiligten.

Weder durch die aufmarschierten 1.000 Polizisten noch durch die Festnahme mehrerer DemonstrantInnen - darunter das SAV-Mitglied, und Mitglied des Kölner Rates, Claus Ludwig - ließen sich die 1.500 AntifaschistInnen einschüchtern, und gaben die richtige Antwort auf die rassistische Hetze der Rechtsextremen. Am Samstag, den 12. April wird Claus Ludwig neben Anderen bei einer Veranstaltung der SLP im Haus der Begegnung im 20. Bezirk, Raffenelgasse 11 - 13 über seine Erfahrungen im Kampf gegen Rassisten und Rechtsextreme berichten.

Frage des Monats:

Hat die FPÖ etwas mit den Anschlägen auf Sonja Grusch zu tun?

Die FPÖ-Brigittenau bezeichnete die SLP im Vorjahr wegen ihrer antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten als "Schweine-Lumpen-Pack".



SPÖ wählt erneut Rechtsextremisten!

Nach Martin Graf (Burschenschaft Olympia, Banken-Untersuchungsausschuss) hat die SPÖ im Parlament erneut einen Rechtsextremisten zum U-Ausschussvorsitzenden (Innenministerium) gewählt. Auch der neue Ausschussvorsitzende Peter Fichtenbauer (FPÖ) ist nämlich einschlägig vorbelastet: Mitglied der Ferialverbindung deutscher Hochschüler und zeitweilig Vizeobmann des Vereines "Zur Pflege des Grabes von Walter Nowotny". Der machte sich das Gedenken an den 1944 verstorbe-

nen NS-Fliegerhelden zur Aufgabe, das Grab avancierte zum Treffpunkt der rechten Szene. (Presse, 28.2.2008). "Interessant" ist die Wahl noch aus zwei weiteren Gründen: Erstens vertritt Fichtenbauer eine Partei, die selbst im Untersuchungszeitraum in der Regierung saß. Zweitens fällt seine Wahl durch die SPÖ auffällig in eine Phase der wachsenden Koalitionskrise. Wir fragen uns: Wie tief kann die SPÖ hier noch sinken? Küsst Gusenbauer demnächst den Boden der FPÖ-Parteizentrale?



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!